

## Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 95. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 12. Dezember 2019

### 1. Abgeordnete

Michael Hüttner,  
Nina Klinkel,  
Johannes Klomann und  
Benedikt Oster (SPD)

### Tests zu neuen An- und Abflugverfahren im Februar 2020

Wie die Deutsche Flugsicherung (DFS) am 4. Dezember 2019 der Fluglärmkommission mitteilte, soll Anfang des kommenden Jahres eine neue Verteilung von Starts und Landungen am Frankfurter Flughafen erfolgen. Im Rahmen eines 20-tägigen Tests sollen bei Westwind den Plänen nach nahezu alle Abflüge entlang der Südumfliegung, und somit über rheinhessischem Gebiet, stattfinden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die jüngsten von der DFS vorgestellten Pläne?
2. Wurde die Landesregierung im Vorfeld über diese Pläne in Kenntnis gesetzt?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die unter anderem von der Initiative gegen Fluglärm in Rheinhessen vorgebrachte Einschätzung, aus dem Testbetrieb könne eine dauerhafte Situation entstehen?
4. Besteht nach Einschätzung der Landesregierung die Möglichkeit, den geplanten Test zu verhindern?

### 2. Abgeordnete

Michael Billen und  
Martin Brandl (CDU)

### Klimaneutrale Landesverwaltung

Im Rahmen der Debatten rund um den Klimaschutz wird immer wieder auf das Landesklimatestschutzesetz aus dem Jahr 2014 verwiesen. Die Maßnahmen, welche die zahlreichen Reduktionsziele ermöglichen sollen, werden im sogenannten Klimaschutzkonzept dargestellt. Wegen der betonten Vorbildfunktion (siehe § 9 Abs. 1 LKSG) ist vor allem das in § 9 Abs. 3 LKSG verankerte Ziel einer klimaneutralen Landesverwaltung von Interesse.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Warum wurden bisher keine konkreten Maßnahmen für eine klimaneutrale Landesverwaltung auf Grundlage der Bilanzierung der Gesamtemissionen umgesetzt?
2. Inwiefern hat das Landesklimatestschutzesetz konkrete Handlungsveränderungen für eine klimaneutrale Landesverwaltung ausgelöst?
3. Inwiefern plant die Landesregierung die vom Bund im Rahmen des Klimapakets beschlossenen Maßnahmen zu ergänzen bzw. durch eigenes Zutun zu unterstützen unter dem Gesichtspunkt, eine klimaneutrale Landesverwaltung zu erreichen?

**3. Abgeordneter****Martin Louis Schmidt**  
(AfD)**Beflaggung an Schulgebäuden**

Auf ihrem Bundesparteitag in Leipzig im November 2019 sprach sich die CDU für eine dauerhafte Beflaggung an Schulgebäuden aus. Bereits am 14. Juli 2016 wurde der AfD-Antrag „Tägliche Beflaggung von Schulen im Land Rheinland-Pfalz“ (Drucksache 17/373) im Plenum behandelt. Vor dem Hintergrund des 30. Jahrestags des von Bundeskanzler Helmut Kohl im Bundestag vorgetragenen Zehn-Punkte-Plans, der den Weg zur Wiedervereinigung geebnet hat, ist dieser Themenkomplex von besonderer Bedeutung.

Ich frage die Landesregierung:

1. Was spricht dafür beziehungsweise ggf. dagegen, durch eine Änderung der Landesverordnung über die Beflaggung eine dauerhafte Beflaggung an Schulgebäuden mit der schwarz-rot-goldenen Nationalfahne, der Landesfahne sowie der Fahne der Europäischen Union zu ermöglichen?
2. Was spricht dafür beziehungsweise ggf. dagegen, die Beflaggung als Chance zu sehen, Identität, Einigkeit und Integration zu stärken?
3. Warum wird trotz des Anspruchs, Demokratiebildung zu intensivieren, in den Lehrplänen der Schulen ein Thema wie „Flaggen als identitätsstiftende Symbole unserer demokratischen Werteordnung“ so stiefmütterlich behandelt?
4. Warum ist darüber hinaus in den Lehrplänen nichts von „Liebe zu Volk und Heimat“ zu lesen, obwohl es in der rheinland-pfälzischen Verfassung in Artikel 33 heißt: „Die Schule hat die Jugend [...] zur Liebe zu Volk und Heimat [...] zu erziehen“?

**4. Abgeordnete****Marco Weber und**  
**Cornelia Willius-Senzer**  
(FDP)**Fördermittel für den umweltschonenden Landbau**

Im Dezember 2019 wurden Prämien für Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) und die Förderung des ökologischen Landbaus durch das Landwirtschaftsministerium ausgezahlt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele finanzielle Mittel wurden für die AUKM und den ökologischen Landbau in diesem Jahr ausgezahlt?
2. Wie hoch ist der Anteil an Landes-, Bundes- und EU-Mitteln?
3. Wie viele Landwirtinnen und Landwirte sowie Winzerinnen und Winzer beteiligen sich an diesen Fördermaßnahmen und in welchem Flächenumfang?
4. Wie hoch ist der durchschnittliche Auszahlungsbetrag bei den gesamtbetrieblichen Maßnahmen (Öko-Landbau; extensive Dauergrünlandnutzung und vielfältige Kulturen)?

**5. Abgeordnete****Andreas Hartenfels und**  
**Pia Schellhammer**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**FSC® und Fair Tree® zertifizierte Weihnachtsbäume in Rheinland-Pfalz**

Rheinland-Pfalz führte 2016 als erstes Bundesland FSC®-zertifizierte Weihnachtsbäume ein. Ab diesem Jahr sind die Bäume auch fair gehandelt und mit dem Fair Trees®-Siegel zertifiziert. Um diese hochwertigen Zertifizierungen zu erhalten, müssen die Bäume sozial- und umweltverträglich produziert und gepflegt werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche genauen Kriterien müssen für den Erhalt des FSC®-Siegels bzw. Fair Trees®-Siegels für Weihnachtsbäume erfüllt sein?
2. Welche Rückschlüsse zieht die Landesregierung vor dem Hintergrund der Bilanz aus den letzten Verkaufssaisons auf Angebot, Nachfrage, Preis und Zukunftsaussichten für die Öko-Weihnachtsbäume?
3. Bei welchen Forstämtern in Rheinland-Pfalz können in diesem Jahr FSC-zertifizierte bzw. Fair Tree®-zertifizierte Weihnachtsbäume erworben werden?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Auswirkungen der FSC-Zertifizierung unserer Wälder in Rheinland-Pfalz auf die heimische Ökologie?

**6. Abgeordnete****Dirk Herber und  
Matthias Lammert (CDU)****Ja zur multifunktionalen Sporthalle in Kaiserslautern – Spitzensportler in Rheinland-Pfalz halten**

Das Heinrich-Heine-Gymnasium in Kaiserslautern ist die Eliteschule zur Förderung des Leistungssports in Rheinland-Pfalz. Nicht selten gehören Eliteschul-Absolventen später deutschen Olympiamannschaften an – ein gutes Beispiel hierfür ist unsere Olympiasiegerin, die Radsportlerin Miriam Welte. Das Heinrich-Heine-Gymnasium benötigt dringend eine neue multifunktionale Sporthalle. Diese kostet laut Planung ca. 8 Millionen Euro.

Sowohl das Heinrich-Heine-Gymnasium als auch der Sportbund haben sich bereits in dieser Angelegenheit, zuletzt im November 2019, an die Ministerpräsidentin gewandt. Eine klare Positionierung der Landesregierung steht jedoch noch aus. Im Rahmen der Sportlererhebung am Heinrich-Heine-Gymnasium in der vergangenen Woche teilte der Schulleiter Ulrich Becker erneut mit, dass es „ohne die Halle sehr schwer wird, den Bundesstützpunkt weiter zu halten“. Da nur durch eine neue Halle gewährleistet ist, dass das Heinrich-Heine-Gymnasium auch über 2020 hinaus Eliteschule bleibt und auch zukünftig bei jungen Sportlern attraktiv bleibt, ist ein akuter Handlungsbedarf gegeben.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Auffassung des Heinrich-Heine-Gymnasiums und des Sportbundes Rheinland-Pfalz, dass eine neue multifunktionale Sporthalle für das Heinrich-Heine-Gymnasium notwendig ist?
2. Beabsichtigt die Landesregierung, den Neubau finanziell zu unterstützen und wenn ja, in welcher Höhe?
3. Wann kann das Heinrich-Heine-Gymnasium mit einem positiven Förderbescheid rechnen?

**7. Abgeordnete****Bettina Brück,  
Giorgina Kazungu-Haß,  
Astrid Schmitt,  
Johannes Klomann und  
Alexander Fuhr (SPD)****Landesmittel für Investitionen in rheinland-pfälzische Kitas**

Das rheinland-pfälzische Bildungsministerium gab am 19. November 2019 bekannt, den Aus- und Neubau von Kindertagesstätten 2020 mit 10 Millionen Euro Landesmitteln zu fördern. Hintergrund dieser Unterstützung ist, dass das Investitionsprogramm des Bundes für den Kita-Ausbau Ende dieses Jahres ausläuft und nicht fortgesetzt wird. Das Land unterstützt die Kommunen deshalb mit Investitionshilfen aus eigenen Mitteln.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Handelt es sich bei den genannten 10 Millionen Euro ausschließlich um Landesmittel?
2. Mit welchen weiteren Maßnahmen fördert die Landesregierung Investitionen in Kitas?
3. Was ändert sich für die Träger am bisherigen Förderverfahren?

**8. Abgeordnete****Iris Nieland und  
Damian Lohr (AfD)****Ausgleichszahlungen aus Luxemburg**

Medienberichten zufolge fordert das Land Rheinland-Pfalz, dass sich der Bund für Ausgleichszahlungen von Luxemburg in Höhe von etwa 50 Mio. Euro einsetzt. Die Summe entspricht einer Kalkulation aus entgangenen Steuereinnahmen von Personen aus Rheinland-Pfalz, die in Luxemburg arbeiten und dort ihre Einkommensteuer entrichten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie setzt sich die Summe aus 50 Millionen Euro zusammen?
2. Welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, das Geld einzufordern?
3. Welche diplomatischen Schritte sind angedacht, um eine Einigung zu erwirken?
4. Welche Rückmeldungen gab es bisher seitens des Bundes?

**9. Abgeordnete  
Cornelia Willius-Senzer  
und Marco Weber (FDP)**

**Förderprogramm „startup innovativ“**

Ende November 2019 startete die Bewerbungsphase der zweiten Runde des Förderungsprogramms „startup innovativ“ für Gründerinnen und Gründer.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Worin besteht der Unterschied zwischen „startup innovativ“ und bisherigen Fördermodellen?
2. Wie ist die bisherige Resonanz auf das Programm „startup innovativ“?
3. Wie gestaltet sich die Bewerbung für die Fördermittel?

**10. Abgeordnete  
Jutta Blatzheim-Roegler  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Glühwein auf rheinland-pfälzischen Weihnachtsmärkten**

Die Adventszeit ist Glühweinzeit. Auch in Rheinland-Pfalz wird auf zahlreichen Weihnachtsmärkten Glühwein ausgeschenkt, dessen Hauptbestandteil meist Weiß- oder Rotwein ist.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Was ist Glühwein im Sinne des Gesetz- und Verordnungsgebers?
2. Woran erkennt der Verbraucher, dass es sich um heimische Produkte handelt?
3. Welche Initiativen zur Stärkung des Absatzes heimischer Produkte und zur besseren Kennzeichnung hat die Landesregierung ergriffen?
4. Wird der Ausschank von Glühwein auf den Weihnachtsmärkten kontrolliert?

**11. Abgeordnete  
Dirk Herber und  
Guido Ernst (CDU)**

**Landesregierung will Profi-Fußballvereine an Polizeikosten beteiligen**

Die Sicherheit bei Fußball(bundesliga)spielen wird derzeit kontrovers diskutiert. Beim letzten Rhein-Main-Derby zwischen Frankfurt und Mainz 05 waren 239 Polizeibeamte im Einsatz. Die Einsatzkosten beliefen sich nach Meldungen des SWR auf ca. 100 000 Euro.

Bei Hochrisikospiele verdoppeln sich die Einsatzkosten. Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts können diese Mehrkosten auf die Heimmannschaft umgelegt werden. Im Zuge dieses Urteils hat die Deutsche Fußball Liga (DFL) beschlossen, die Hälfte der Mehrkosten für das Hochrisikospiel zu übernehmen. Die andere Hälfte soll von dem Fußballverein übernommen werden. Die übrigen Bundesligavereine sind nicht bereit, sich an diesen Kosten (solidarisch) zu beteiligen.

Gleichwohl wollte der rheinland-pfälzische Innenminister nach einem Bericht des SWR bei der Innenministerkonferenz in der vergangenen Woche in Lübeck zusammen mit seinem Bremer Amtskollegen die Pläne für einen Fonds vorstellen, in den alle Bundesligavereine einzahlen und aus dem die Mehrkosten für Polizeieinsätze bei Hochrisikospiele solidarisch bezahlt werden sollen. Dies sei gegenüber landesspezifischen Gebührenordnungen vorzuzugs-würdig.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung mit den rheinland-pfälzischen Bundesligavereinen über eine mögliche Kostenbeteiligung für Polizeieinsätze bei Hochrisikospiele gesprochen und wie war die Resonanz der Vereine?
2. Wie hat sich die Innenministerkonferenz im Hinblick auf die vom rheinland-pfälzischen Innenminister favorisierte „Fonds-Lösung“ positioniert?
3. Beabsichtigt die Landesregierung, eine länderspezifische Gebührenordnung zu erlassen und wenn ja, für welche Ligen?
4. Ist beabsichtigt, die Mehrkosten für Polizeieinsätze für andere Veranstaltungen mit erhöhtem Konflikt- bzw. Gewaltpotenzial ebenfalls anteilig umzulegen (bitte begründen)?

**12. Abgeordnete****Dr. Katrin Rehak-Nitsche  
und Giorgina Kazungu-  
Haß (SPD)****Keine Umsatzsteuer auf Weiterbildungsangebote – Rheinland-Pfalz setzt sich durch**

Die Steuerpläne der Bundesregierung, für Weiterbildungsangebote künftig eine Umsatzsteuer zu erheben, werden im aktuellen Gesetzgebungsverfahren nicht weiterverfolgt. Die Streichung der entsprechenden Passage erfolgte vor allem wegen einer von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg gestarteten Bundsratsinitiative. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung hatte zunächst vorgesehen, dass Bildungsmaßnahmen jenseits von Schule und Hochschule nur noch dann von der Umsatzsteuer befreit gewesen wären, wenn sie eindeutig und direkt der beruflichen Weiterbildung dienen würden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die nun erzielte Einigung, für Weiterbildungsangebote weiterhin keine Umsatzsteuer zu erheben im Gesamten und insbesondere im Hinblick auf die Volkshochschulen?
2. In welcher Form unterstützt das Land die Weiterbildungsträger bei ihrer Arbeit?
3. Welche Ziele verfolgt die Landesregierung mit ihrer Weiterbildungspolitik?

**13. Abgeordnete****Dirk Herber und  
Michael Wäschenbach  
(CDU)****Obdach- und Wohnsitzlosigkeit in Rheinland-Pfalz**

Am 1. Dezember 2019 war meteorologischer Winterbeginn. Auch die tatsächlichen Temperaturen lagen in den vergangenen Tagen in Rheinland-Pfalz teils deutlich unter dem Gefrierpunkt. Trotzdem sieht man in rheinland-pfälzischen Städten und auch im ländlichen Raum aktuell immer noch Menschen ohne festen Wohnsitz im Freien übernachten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Obdach-/Wohnsitzlose gibt es nach Kenntnis der Landesregierung derzeit (schätzungsweise) in Rheinland-Pfalz?
2. Wie hat sich die Anzahl der Obdachlosenunterkünfte (Betten) in Rheinland-Pfalz seit 2015 verändert (bitte für jedes Jahr seit 2015 separat angeben)?
3. Wie ist die Auslastung der Obdachlosenunterkünfte derzeit und im Vergleich zu den Jahren 2015, 2016, 2017 und 2018?
4. Besteht nach Auffassung der Landesregierung ein Handlungsbedarf, um mehr Obdach-/Wohnsitzlosenunterkünfte zu schaffen und wie unterstützt das Land die Kommunen dabei konkret?

